

Erscheint
an allen Verlagen.
Bezugspreis
für Monat Dezember M.
in der Verlagsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 280.—
durch Zeitungsgesellschaften 300.—
am Postamt 275.—
im Ausland 20 deutsche Mark.
Herausgeber: 4246. 2273.
3110. 3249.

Poststellekonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigepreis
f. d. Grundschriftseiten im
Anzeigeteil innerhalb
Polens . . . 40.—M.
Reklameteil 120.—M.
Für Anträge aus
Deutschland . . . 350.—M.
im Reklameteil 10.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czeczkowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlassung oder Ausserrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung über Rückzahlung des Bezugspreises.

Agrarreform im Posenschen.

Die Agrarreform ist das populärste Schlagwort in der Politik Posen. Jeder Polnischer, jede Behörde, die nach allgemeinem Beifall strebt, sucht sich auf diesem Gebiet hervorzuheben. Der Präsident des hiesigen Bezirkslandamts Dr. med. Karasiewicz hat neulich eine besondere Broschüre ertheilen lassen, um seine Verdienste auf dem Felde der inneren Kolonisation mit einem arozen Aufwand von Zahlen herauszustreichen. Der obige Beobachter weiß freilich, daß es sich bei diesen Zahlen nicht um Ansiedlungszahlen, sondern um bloße Umstellungszahlen handelt, und nicht um die Ergebnisse innerer Kolonisation, sondern um die Erfolge schroffster und rücksichtsloser Endentzessierungspolitik. Will man die wirtschaftlichen Ansiedlungszahlen erhalten, dann müßte man an den Karasiewiczschen Zahlen noch ein Subtraktionsexample vornehmen und alle diejenigen Deutschen in Abzug bringen, die durch die Tätigkeit des Bezirkslandamts und anderer amtlicher Stellen von Haus und Hof verdrängt worden sind. Trotz dieses Einwandes ist es immerhin eine schöne und lohnenswerte Sache, wenn dem kleinen Mann Gelegenheit zum Erwerb einer eigenen Scholle geboten wird, und auch die Grundfahrt ist zu billigen, der in den amtlichen Landesausbüchtungen des Bezirkslandamts und seiner Unterorgane ständig wiederkehrt, daß nämlich bei Vergabe von Stellen in erster Linie Krieg invalide, dann Soldaten mit Auszeichnung, dann Soldaten mit längerer Frontzeit, die von Beruf Landwirte sind, berücksichtigt werden sollen. Nur schade, daß in der Praxis von diesen ehemaligen Grundsätzen nicht immer Gebrauch gemacht zu werden pflegt.

Bei Ryczywół (Rischenwalde) liegt Minino, ein früheres Gut, das von der preußischen Ansiedlungskommission in den Jahren 1913—14 parzelliert und besiedelt worden ist. Wie es in solchen Fällen tatsächlich war, hat man die vorhandenen Gutsgebäude zur Bildung von Ansiedlungsgehöften mit benutzt und das Nichtverwendbare zu einem kleinen Restgut zusammengefaßt. Die neue Ansiedlergemeinde hat man in polnisch-rückiger Weise mit Gemeindelandereien reich ausgestattet. — Der neue Herr, das Posener Bezirkslandamt, hat nun das Restgut seinem Syndikus, Dr. Wendland, Rechtsanwalt und Notar in Poznań, gegeben, und weil diesem die 185 Morgen des Restes nicht genügen, hat er auch noch die ganzen Gemeindelandereien mit 300 Morgen dazubekommen, ebenso die Jagd. Aber auch damit wollte sich der neue Restgutsbesitzer nicht zufriedengeben. Er geht deshalb mit taktifischer Unterstützung des Bezirkslandamts daran, die Spuren der verhaschten preußischen Ansiedlungspolitik dadurch zu tilgen, daß er die seinerzeit abgeteilten Ansiedlerstellen wieder zum Gute schlägt.

Zunächst hat man den Ansiedler M., der im früheren Gutsamtshaus ansässig ist, zugunsten von Dr. Wendland verdrängt. Herr M. ist seit 1899 im ehemaligen preußischen Teilstück wohnhaft, also polnischer Staatsangehöriger. Die Stelle in Minino hat er 1914 übernommen, die Auflösung von der preußischen Behörde aber noch nicht erhalten. Im Juli d. J. kam Dr. Wendland und der Präsident Dr. Karasiewicz im Auto zu ihm und erklärten ihm, daß seine Ansiedlerstelle enteignet und Dr. Wendland übergeben werden würde. Auf den Einwand des Herrn M., er sei polnischer Staatsbürger, wurde ihm dies von den Herren bestritten; er sei Reichsdeutscher. Am 27. Juli erhielt er ein Schreiben des Bezirkslandamts, von Dr. Karasiewicz selbst gezeichnet, daß ihm seine Stelle von sofort ab genommen werde; die Schädigung für die errichteten Gebäude habe 167 617 M. ergeben, die er nach Abzug der Frei Jahre und der ersten Ernte mit 42 138 M. von der Hauptkasse des Bezirkslandamts erheben könne. Obwohl Herr M. Herrn Dr. Wendland erklärte, daß er gerichtliche Entscheidung beantragen würde, entgegnete dieser nachdem in der Zwischenzeit bei Herrn M. noch ein zweites Schreiben des Bezirkslandamts eingegangen war, wonach er aus Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 die Stelle dem Dr. Wendland zu übergeben hätte —, Herr M. hätte nichts mehr zu sagen; gleichzeitig schickte er Bauleute, die einen Bauplatz ausmessen, den Stall des Herrn M. abrappen und einen neuen zu bauen begannen. Einige Tage später erschien der Distrikts-Kommissar mit einem Wachmeister, nahm den Bestand an lebendem und totem Inventar auf und die Schlüssel von Scheune und Stall dem M. ab und erklärte Dr. Wendland zum Zwangsverwalter der Stelle. Der Kommissar sagte weiter, Herr M. hätte sich jeder Anordnung des Dr. Wendland zu fügen, im Falle einer Weigerung würde er auf telefonischen Anruf des Dr. Wendland nach Szypiono abgeführt werden. Mit dem auf diese Weise gänzlich widerrechtlich unter Zwangsverwaltung gestellten Inventar wurden dann Wendlandsche Felder bearbeitet. Noch ein zweites Mal wurde Herr M. mit einem Besuch des Präsidenten Dr. Karasiewicz geehrt; bei dieser Gelegenheit forderte Dr. Karasiewicz Herrn M. auf, sein Inventar, soweit es Dr. Wendland gebraucht, diesem gernwillig zu überlassen, den Rest dürfe er dann freiwillig verlaufen.

Herr M. blieb aber nicht das einzige Opfer des Wendland'schen Expansionsdranges. Auch die jüngste Tots und Vorsichtsmelderei war Herrn Dr. Wendland ein Don im Auge und ist bereits teilweise wieder „zurückgesiedelt“ worden. — Wir sind überzeugt, daß weitere Stellen folgen werden.

Es ist ja herrlich, daß die zur Agrarreform berufene Behörde auf diese Weise die Hand bietet zu einem Vorgehen, das man aus vergangenen Zeiten der polnischen und deutschen Agrargeschichte unter dem berüchtigten Namen des „Bauernlegens“ kennt und das den bodenreformerischen Bestrebungen der polnischen Gesetzgebung geradezu ins Gesicht schlägt. Es ist dies ein Gegenstück zu dem vor einiger Zeit in der „Rzeczypospolita“ kritisierten Vorgehen der Posener Wojewodschaft bei der Neuverpachtung der Domänen.

Das war die Geschichte von dem Syndikus des Bezirkslandamts.

Es gibt noch eine andere von dem Chauffeur derselben Behörde. Der Ansiedler W. in Jazewo-Dalkowo gehört zu denen, die auch ihre Kündigung zum 1. Dezember d. J. bekommen haben. Jetzt erhält er ein Schreiben des Bezirkslandamts, daß ein gewisser Jan Swierski die Ansiedlung überwiesen erhalten habe. Auf Kündigung erfuhr er, daß Herr Swierski Chauffeur beim Bezirkslandamt ist. Zugleich erhält Herr W. die Nachricht, daß das Ministerium seine Stelle unter Zwangsverwaltung gestellt habe, und daß ein Herr Martin Swierski zum Zwangsverwalter bestellt sei. Herr M. Swierski ist Vater des Herrn Jan Swierski, 70 Jahre alt, bisher Landarbeiter und ist bereits mit Familie zusammen 6 Köpfe stark, von der Polizei in die Stelle eingekieft worden. In derselben Ansiedlung hat eine andere Stelle ein Major zugesieben erhalten, und man soll beobachten können, wie durch Militärjahrwerke Dung auf die Felder geführt wird.

Und dies sind ja nur Beispiele. — Wie oft müssen wir sonst noch Klagen hören, daß das Bezirkslandamt Stellen an Leute vergibt, die die nötige landwirtschaftliche Berufsausbildung nicht aufweisen, daß Beamte und andere Leute, die nebenbei einen nicht-ländlichen Hauptberuf ausüben, mit Stellen bedacht werden.

Auch den von uns seinerzeit schon gebrachten Fall des Ansiedlers Janssen, dem das Bezirkslandamt eine hochbetagte Dame zur Zwangsverwalterin bestellt hat, der noch ein Anhang von ca. einem Dutzend Personen (darunter ein polnischer Rechtsanwalt) auf das Grundstück folgten, möchte wir bei dieser Gelegenheit nochmals erwähnen.

Bei den auf Betreiben des Bezirkslandamts gegen die Ansiedler getroffenen Zwangsmaßnahmen erweist sich deutlich, daß das Bezirkslandamt statt auf Sicherung der Volksnahrung und Hebung der Landeskultur bedacht zu sein, sich lediglich von dem Mow der Deutschfeindlichkeit und der Enddeutschungspolitik treiben läßt. Wie konnte das Bezirkslandamt sonst zulassen, daß zu einer Zeit, wo in den Städten über Kartoffeln geplagt wurde, den Ansiedlern vom Zwangsverwalter das Dreiehen verboten wurde. Ein anderer Fall: Eine Posener Dame hatte bereits im Sommer sich bei einem deutschen Ansiedler ihre Winterskartoffeln gesichert und sofort bezahlt. Als sie zum Abholen derselben erschien, war der Ansiedler mit der Zwangsverwaltung belegt, und die Lieferung der Kartoffeln wurde ihm trotz Anruf des Starosten nicht gestattet. Die Dame suchte die Intervention des Bezirkslandamtes zu erreichen, aber vergeblich. Sie wurde dort von dem Referenten mit dem von der Generalprokuratur geprägten Satz abgeföhrt, den man schon als geflügeltes Wort bezeichnen darf: „Wir haben nur Rechte übernommen und keine Pflichten, die Kartoffeln bleiben auf dem Grundstück. Daß der Ansiedler sich zu ihrer Lieferung verpflichtet hat, geht uns nichts an.“ Derselbe Ansiedler hat einen polnischen Deputatmann, der für das laufende Vierteljahr bis 1. Januar ein bestimmtes Quantum Kartoffeln zu bekommen hat. Der Zwangsverwalter verbot auch dessen Bevorratung aus dem Kartoffelvorrat der Wirtschaft. Der Ansiedler, so hieß es, möge sich die Deputatkartoffeln anderwärts kaufen.

Und angesichts solcher Erscheinungen stellt sich der Präsident des Bezirkslandamts hin und erklärt, die polnische Regierung nehme den Ansiedlern grundsätzlich weder das lebende, noch das tote Inventar. Auf das „grundsätzlich“ bitten wir übrigens beim Lesen dieser sammelnden Berichtigung (vergl. Pos. Tageblatt Nr. 227) besonders Wert zu legen. Wenn mir jemand die freie Verfügung über mein Eigentum nimmt dann ist doch das, was mit bleibt, das Eigentumsrecht lehrt. Schatten. Sogar der Dieb, der mir meine Uhr stiehlt, nimmt mir auch nur die Verfügungsgewalt darüber. Mein Eigentum an der Uhr bleibt mir trotz des Diebstahls erhalten. Wenn mir also ein regierungsetätig bestellter Zwangsverwalter den Verkauf oder Verbrauch von Gegenständen verbietet, oder wenn ein Starost mir die Entfernung von Inventar vom Grundstück verwehrt, so nimmt er mir mein Inventar. Die erwähnte Berichtigung des Präsidenten des Bezirkslandamtes ist also nichts weiter als Wortklauberei.

Ermordung Kemal Paschas.

Konstantinopel, 26. November. Das Wolfsbureau bringt die Bestätigung der Nachricht, daß Kemal Pascha in Istanbul in Kleinasien ermordet worden ist.

Die Washingtoner Konferenz.

Das „gesicherte praktische Ergebnis“ der Washingtoner Konferenz.

Die Gegenseite in der Landabrüstungsfrage besteht fort. Briand verließ Amerika mit enttäuschten Hoffnungen. Das ist der allgemeine Eindruck. Sein Abschiedsbesuch bei Harding verlief überdies recht interessant. Briand erging sich wieder in Klagen, erklärte sich aber höchstfreut über das weitgehende Verständnis, das er bei den amerikanischen Delegierten gefunden habe. Harding dankte für die Lobrede Briands, vermied aber jede Andeutung von Versprechungen über ein Zusammengehen mit Frankreich in der Landabrüstungsfrage. Die Rede Briands in der Vollszug ist von der amerikanischen offiziellen Welt als Ablehnung einer englisch-amerikanischen Garantie gegen einen deutschen Angriff gedeutet worden. Harding unterließ es daher, auch auf diese Anregung, die übrigens von britischer Seite gefallen ist, zurückzukommen, schon nicht um in den Verdacht zu geraten, England beim Aufstellen dieser „Falle“ (wie die Franzosen den Garantieschlaf nennen) behilflich zu sein. Die öffentliche Meinung sieht in dem Scheitern des Landabrüstungsvorschages eine neue Bedrohung des Wilson-Friedens, dessen Schwächen heute klar in Erscheinung treten. Die französische Armee wird weiter stark bleiben, nicht um den Frieden zu sichern, sondern um Europa an der Kandare zu halten.

Das Bild der Konferenz ist recht enttäuscht geworden. In den Kommissionen verlesen die Referenten ihre Berichte, den Forderungen werden langatmige Vorbehalte entgegengesetzt. Die offiziellen Commissions haben ein recht stereotyes Aussehen, etwa: „Der Auschuß für Eisen und Stahl berichtet neuerdings über die Krise der Eisen- und Stahlindustrie.“ Wobei die Vertreter Japans und Chinas den Standpunkt ihrer Regierung darlegen. So geht es weiter. Recht dramatisch verliefen eigentlich nur die Sitzungen des Landabrüstungskomitees, doch es fällt man nicht viel davon. Die Japaner sind des vielen Handelns müde. Sie haben den Sondervertrag mit Amerika so gut wie in der Tasche und sträuben sich, die chinesischen Erklärungen, die mit unendlich vielen Details vorgebracht en, mit anzuhören. Die Chinesen lassen aber nicht locker. Sie in Hughes einen starken Führer und nützen diesen Umlaufkästen aus. Die Konferenzteilnehmer sind erstaunt. Es heißt aber, die ostasiatischen Fragen noch vor Weihnachten erledigen zu können. Wenn auch täglich neue Schwierigkeiten auftauchen, glaubt man allemal an einen, wenn auch nur moralischen Erfolg der Konferenz in den Abrüstungsfragen. Ein praktisches Ergebnis scheint ihr aber heute schon sicher: Das englisch-japanische Bündnis wird nicht erneuert, auch kein „quid pro quo“ getroffen. In der Pacific-Kommision wird versucht, nach der japanisch-amerikanischen Sonderabmachung auch mit Großbritannien zu einem Kompromiß zu gelangen. Es handelt sich darum, allen durch die Auflösung des japanisch-englischen Bündnisses entstandenen Möglichkeiten zu begegnen.

England fordert Abbrüstung zu Lande.

Eine Rede Lord Curzons.

London, 26. November. In einer Rede, die Minister des Außenwesens Curzon heute bei einem Frühstück in der City hielt, gab er eine bedeutungsvolle Erklärung über die äußere Politik Englands ab. Er kennzeichnete die Washingtoner Konferenz als einen großen und bemerkenswerten Schritt auf dem Wege zum stillen Fortschritt der Menschheit. Die Abbrüstung werde in das Gebiet praktischer Politik gerückt, wenn die Größe der Flotten gewisser Großmächte endgültig begrenzt werde, und in noch höherem Grade, wenn eine dieser Großmächte auftrete und ankündige, daß sie die Abbrüstung in ihrem eigenen Falle mit der Einstellung bereits begonnenen Schiffsbauten beginnen werde. Ein großer Teil der Spartenarbeit (spade-work) sei aber noch zu erledigen und, so fuhr Lord Curzon wörtlich fort: „Ich möchte gern das Wort Vorsicht aussprechen und gewisse Bedingungen anregen, die noch zu erfüllen bleiben. Es ist nicht ratsam, die Rüstungen zur See zu beschränken, wenn wir mitzuhelfen müssen, wie die Abdüristung ausgedehnter Rüstungen zu Lande sich höher und höher tut.“

Lord Curzon fuhr fort: „Ein Beispiel dafür nicht von einer Nation oder sogar von zwei oder drei Nationen gegeben werden: es muß von allen Nationen im Verhältnis ihrer Lage und Fähigkeit befohlen werden. Für England ist es nicht angebracht, Opfer anzunehmen oder sich ihnen zu unterwerfen, wenn die anderen sich ihnen entziehen. Die dritte Bedingung ist, daß, wenn wir als größte Macht der Welt, deren Existenz als Nation täglich von der Bedrohung der See abhängt, wissen, unsere Flottenstärke zu beschränken, es anderen Mächten nicht gestattet sein darf, neue Maschinen oder Werkzeuge für Luft- und Unterseeangriffe zu bauen, die unsere Opfer nicht machen können und die weit entfernt davon sind, uns in der stolzen Lage derer zu belassen, die das Beispiel gegeben haben, uns in der gefährlichen Lage lassen können, daß wir uns einer unverhältnismäßigen Gefahr ausgesetzt haben.“

Lord Curzon sagte weiter, die dargelegten Punkte seien die einzigen Vorsichtsmaßnahmen und Bedingungen, die er an die Washingtoner Verhandlungen zu knüpfen wünsche, und betonte sodann das Bedürfnis internationaler Zusammenarbeit zur Wiedererlangung des Friedens. Er führte aus: „In Washington ist ein Fortschritt erzielt worden durch gemeinsame Beratung und gemeinschaftliches Vorgehen, ein Fortschritt, der zu seiner Verwirklichung Jahre erfordert hätte, wäre er der Initiative einer einzelnen Macht überlassen worden, die aus sich selbst heraus handelte. Ich möchte diese goldene Methode gerne überall dort anwenden, wo wir den Frieden in Europa wiederherzustellen wünschen. Das kann nicht dadurch erreicht werden, daß man den Zauberstab schwungt, sondern lediglich durch die Methode, die ich beschrieben habe. Nur durch gemeinsames Vorgehen ist die österreichische Frage, die von neuem Europa in Krieg zu verwickelt drohte, in den Bereich ausichtsvoller Lösung gerückt worden. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen legte Italien in der Frage der Adriastellung seine Schwierigkeiten mit den Nachbarstaaten bei. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen kann Deutschland dazu gebracht werden, noch einmal, wie es doch schließlich tun muß, seinen Platz als friedliches Glied in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen. Bezugnehmend auf die türkisch-griechischen Feindseligkeiten erklärte Curzon, es sei viel rü-

tiger, daß keine der Parteien gewinne und der Friede zu stande käme. Dies liege im Interesse beider Parteien und sei wichtig für Großbritannien. England habe, trotzdem es gegen die Türken kämpfe, keinen dauernden Streit mit der mosammedanischen Rasse. Wenn man nur den Ungrohn töten könne, der zwischen Türken und Griechen herrsche, so werde man sie überreden können, daß für beide Platz im nahen Osten vorhanden sei. Diese Hoffnungen können sich jedoch nur erfüllen, wenn man diese Frage ansetze mit einer gemeinsamen Politik, einem gemeinsamen Ziel und einem gemeinsamen Plan.

Italien zu Briands Rede.

Kritik an den „unglaublichen Phantasien Briands“.

Die Rede Briands macht in Italien einen nichts weniger als erfreulichen Eindruck. Die Besorgnis, daß Italiens wieder einmal hinter Frankreich zurückbleiben müsse, ist allgemein, ebenso das sich daraus ergebende Misstrauen. Die offiziöse „Triumna“ schweigt. Der „Popolo Romano“ bemerkt bitter, wenn man einem Lande den Versailler Vertrag schenke, wäre es absurd, ihm eine Million Bajonetts zu verweigern. Bavar seien nicht alle Träume Poincarés in Erfüllung gegangen, dagegen sichere man Frankreich ein Millionenheer, das jeden Augenblick bereit sei, neue Sanktionen durchzuführen. Der Versailler Vertrag enthalte seine wahre Seele immer mehr. Die „Epoca“ hofft, die Amerikaner seien nicht so naiv, die unglaublichen Phantasien Briands ernst zu nehmen. Sie würden, daß ein waffenloses und waffenloses Land wie Deutschland niemals einen Krieg anfangen könne. Die italienischen Delegierten sollten wenigstens die Ausrüstung der kleinen Staaten wie Jugoslawien und Polen verlangen. Vorigens hätte Senator Schanzer gut getan, das wahre und eigentliche Friedensproblem, nämlich die Revision des Versailler Vertrages, vorzubringen. Der Versuch Frankreichs, mit 28 Millionen Menschen die 260 Millionen Deutschen und Russen in Gewicht zu halten, müsse einen neuen Krieg entfesseln, der vor den furchterlichen Waffen der Chemie und Bakteriologie nicht zurückdringen werde. Leider habe die Rede Briands alle Illusionen beseitigt, daß Frankreich einen wahren Frieden erstrebe.

Das Misstrauen gegenüber der Konferenz, besonders gegenüber der Haltung Frankreichs, wächst, weil man sich nicht versichert, daß neue Aktionen Frankreichs Italien zu denselben kostspieligen Schritten zwingen müssen, und zwar sowohl zur See als zu Lande, wo das italienische Heer nur ein Viertel des französischen beträgt. Statt aus der Ausrüstungskonferenz Vorteil zu ziehen, hätte also Italien nur neuen Schaden. Daraus abgesehen, würde wohl auch England neue Flottenrüstungen machen müssen, um gegenüber Frankreich auf der Höhe zu bleiben. Zu der Rede Briands bringen „Stampa“ und „Secolo“ noch sehr beachtenswerte Kommentare. Die „Stampa“ vermutet, daß Frankreich, selbst wenn es sich formell zur Herauslösung seines Heeres verstände, seine Kolonialtruppen nach Westen verstärken würde. Was aber Polen betrifft, so sei zu dem polnischen Heere noch das Heer des mit Polen verbündeten Rumäniens hinzugerechnet. Am gefährlichsten aber sei der antideutsche Geist, der die ganze französische Politik belebe. Aus Angst vor der deutschen Revanche könnte man bei den Deutschen einen künftlichen Revanchegedanken, wie man andererseits den französischen Nationalismus und Imperialismus schüre. Gegenwärtig läge es im Interesse Frankreichs selbst, die immer wiederkehrende Drohung mit der Herabmierung des Deutschen Reiches zu unterlassen. „Secolo“ schreibt: Das ganze siegreiche Europa ist von einer zollen Furcht vor dem besiegten Deutschland erfaßt. Niemals in der Geschichte hat man ein fiktives und trostloses Phänomen gesehen. Der Friede, der den Siegern mindestens Sicherheit und Selbstvertrauen verleiht, erfüllt sie vielmehr mit Angst und Misstrauen. Was macht die Sieger den Siegern so furchtbar? Die Antwort ist leicht. Das schlechte Gewissen. Wenn die Sieger wissen, daß die den Siegerten auferlegten Bedingungen auf die Dauer unerträglich sind, daß der Friede kein gerechter und beruhigender Friede ist, daß das Gebüde Neueropas künstlich und unsicher ist und jeden Augenblick die Tore unter sich begreifen kann, die es so unflug aufgerichtet. Frankreich rüstet nicht ab, denn es weiß, daß Deutschland die unauflösbaren Klaue des Versailler Vertrages einfach nicht völlig erfüllen kann. Daraus ergibt sich dann folgendes Dilemma: Entweder muß Frankreich eines Tages den Rhein überschreiten und einen Teil des deutschen Gebietes besetzen, was für alle verhängnisvolle Folgen heraufbeschwören wird. Oder aber Frankreich muß sich mit Kompromissen begnügen, inzwischen aber ein großes Heer halten, um Deutschland einzuschütern und Erbression ausüben zu können. Wie lange kann dieses Spiel der Einschüchterung dauern, wie lange kann Frankreich in seinem Volke eine so aufrechte Spannung nähren?

Herr Landru.

Von Dr. Mag. Adler-Gef.

Herr Landru saß seit mehr als $\frac{1}{2}$ Jahren in einem Untersuchungsgefängnis von Paris. Obgleich er also ziemlich abgeschlossen lebte, hat er in dieser ganzen Zeit dennoch fortgesetzt die Öffentlichkeit beschäftigt. Er ist der Liebling des Pariser Publikums. Jeden Morgen und jeden Abend müssen die Zeitungen berichten, wie es Herrn Landru geht, ob er gut geschlafen hat und ob er nicht wiederum eines seiner verhünten Witze geprägt hat, die allen Parisiern das größte Vergnügen und dem Untersuchungsrichter den größten Argwohn machen. Die gewieitesten Reporter von Paris kämpfen Tag und Nacht mit der Aufgabe, Herrn Landru zu interviewieren, aber selbst der berühmte Herr Sauermeier vom „Matin“, dem sonst Könige und Feldherren ihre Häuser und ihre Herzen öffnen, stieß bei Herrn Landru aus begreiflichen Gründen auf verschlossene Türen. Es gibt nicht nur eine ganze Landru-Literatur, sondern auch bereits eine kritische Behandlung dieser Werke. Es gibt tiefgründige Charakterstudien über Landru, die in ihren Analogien zwischen J. Bruchomme und Rasputin schwören. Die Anklageschrift gegen Herrn Landru umfaßt 50 000 Seiten, und eine geläufige Bearbeitung für die gebildeten Gläden ist in zwei Bänden als Luxusausgabe erschienen. Ein Dutzend amerikanische Filmfabriken reißen sich um die Gunst, gegen eine beliebige Menge von Dollars Herrn Landru auf die Leinwand zu bringen, und wenn ein Vertrag auf Lebensdauer noch nicht zustande kam, so ist es nur deshalb, weil eben über die fünfjährige Lebensdauer des Herrn Landru die Ansichten so bedauerlich stark auseinandergehen.

Welches Verbrechens wird Herr Henri-Désiré Landru angeklagt? Das ist nicht so mit einem Wort zu sagen. Herr Landru ist die Verkörperung des friedlichen Bürgersmannes. Er lebte ruhig vor sich hin, lebte und liebte. Er liebte sehr viel, aber das ist höchstens eine Unstreuung und noch kein Verbrechen. Zweihundertdreißig Frauen werden in der Anklageschrift aufgeführt, die von Herrn Landru mehr oder minder verführt worden sind, und die ihm alles, aber auch alles — nämlich ihr Herz und ihr Geld — gegeben haben. Beides gehörte eng zusammen, denn das Gefühlshaben des Herrn Landru hatte die Eigentümlichkeit, daß es sich sehr genau in Bahlen ausdrücken ließ. Seine Liebe dauerte regelmäßig so lange wie das Gold seiner Geliebten. Das ist an sich noch nichts Besonderes, denn es gibt ja leider in unserer

Aus Oberschlesien.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

In der Sonnabendsgung der Konferenz, die unter dem Vorsitz Calonders stattfand und 3 Uhr nachmittag bis 7 Uhr abends dauerte wurde endgültig das Arbeitsprogramm der Konferenz festgelegt. Dieses Programm sieht die Bildung von 11 Unterkommissionen vor, von denen sich jede mit einer besonderen Aufgabe beschäftigen wird, entsprechend den Punkten der Entscheidung der Vorsitzendenkonferenz. Die Kommissionen sind folgende: 1. Wegekommission, 2. Finanzkommission, 3. Kommission für Post- und Telegraphie, 4. für Wasser- und Elektrizität, 5. Zollkommission, 6. Kommission für Kohlenangelegenheiten und Bergwerksprodukte, 7. Verkehrscommission, 8. Kommission für soziale Versicherungen, 9. für die Syndikate der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 10. Rechtskommission, 11. Kommission zum Schutze der nationalen Minderheiten.

Nur die Rechtskommission und die Kommission für nationale Minderheiten werden ihre Beratungen in Genf abhalten. Die Sitzungen der anderen Kommissionen werden in Oberschlesien stattfinden, soweit die maßgebenden interalliierten Kreise sich damit einverstanden erklären, im andern Falle finden die Beratungen in Danzig statt.

Die Unterkommission wird zwei Vorsitzende haben, einen Polen und einen Deutschen, die abwechselnd den Vorsitz in den Sitzungen führen werden. Protokollsprache der Unterkommission wird im Sinne des Einverständnisses der Vorsitzenden der Unterkommissionen die Protokollsprache der Hauptkommission sein, die in Genf tagen wird.

Die Unterkommissionen werden ihre Arbeit am 9. Dezember beginnen. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen dem Präsidenten Calonder bis zum 15. Januar 1922 bekanntgegeben werden. Sobald das Material von allen Unterkommissionen beschafft sein wird, wird Calonder eine Sitzung der Bevölkerung beider Staaten nach Genf einberufen, wo die endgültige Festlegung des Vertrages und dessen Unterzeichnung erfolgen wird. Auf den Antrag des Vorsitzenden der polnischen Delegation Herrn Olszewski einzige man sich dahin, den Text des Vertrages in französischer Sprache zu verfassen.

Zur Schlüttung schwierigerer Fragen ist in einzelnen Fällen die Durchführung von Untersuchungen an Ort und Stelle vorgesehen. Für den Fall der Notwendigkeit wird sich Calonder nach Oberschlesien begeben. Am Sonntag vormittag wird die nächste Sitzung stattfinden.

Die Delegationen verlassen Genf.

Genf, 26. November. (PAT) Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Herr Olszewski, der Abg. Tarczowski und der Generalsekretär der Delegation Kramszky werden am Sonntag Genf verlassen. Die deutsche Delegation wird ebenfalls am Sonntag abfahren.

Oberpräsident Batta.

Berlin, 20. November. Der preußische Minister des Innern hat daher entschieden, daß der Zentrumsabgeordnete Geheimrat Batta auch weiter Oberpräsident der Provinz Oberschlesien bleiben soll.

Calonder nach Oberschlesien.

Genf 26. November. Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Konferenz Calonder will auf der Reise nach dem neuen Konferenzort Danzig einen Abstecher nach Oberschlesien zwecks Fühlungnahme mit der Bevölkerung machen.

Eine Denkschrift über die Fragen der Genfer Entscheidung.

Kattowitz, 26. November. (Telunion) Aus oberschlesischen Wirtschaftskreisen haben einige Männer die in den einzelnen Zweigen der oberschlesischen Berg- und Hüttenbetriebe als Fachautoritäten gelten, eine Denkschrift herausgegeben, die sich eingehend mit den Folgen, die der Genfer Spruch für die oberschlesische Wirtschaft hat, beschäftigt. In der Denkschrift wird auf verschiedene Wege hingewiesen, um Oberschlesiens Industrie vor dem Ruin zu bewahren. Die Denkschrift ist in Genf zu den deutsch-polnischen Verhandlungen überreicht worden.

Sowjetrußland.

Bolschewistische Justiz.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Das Revolutionstribunal der Wladkawas Bahn verurteilte 200 Eisenbahner zum Tode und 39 weitere Eisenbahner zu Zwangsarbeit und zwar für Diebstahl und Verwaltung der Eisenbahntrachten.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Russlands.

Petersburg, 26. November. In der aller nächsten Zeit ist die Veröffentlichung grobangelegter Pläne deutscher Wirtschaftskreise zum Wiederaufbau Russlands zu erwarten. Die deutsche Regierung hat mehrheitlich mit deutschen, russischen und amerikanischen Interessenfreunden über die Ausdeutung der Raplhafelder bei Baku verhandelt, die mit Hilfe deutlichen und amerikanischen Kapitals wieder auf ihre alte Höhe gebracht werden sollen. Auch in die offiziellen Verhandlungen mit dem Vorstand des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes über die Entsiedlung von wirtschaftlichen Sachverständigen und Arbeitervertretern nach Sowjetrußland deutet darauf hin, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Russlands aus dem Stadium theoretischer Erörterungen nunmehr heraustritt.

gottlosen Zeit überall Männer, die um des schnöden Mammons willen ein reines Mädchenherz betören und dann verschwinden. Aber wenn die Liebe des Herrn Landru erlahnte, machte er es umgekehrt: nicht er verschwand, sondern die Dame.

Wo hing verschwanden alle diese Damen? Das ist eben die große Frage, die in den 50 000 Seiten des näheren erörtert wird. Man hat diese Frage auch in eindringlicher Weise Herrn Landru vorgelegt, er erklärte aber, daß sie ihn nicht besonders interessiere. Es gehe ihm in dieser Beziehung wie den meisten großen Schriftstellern: sie widmen sich mit aller Liebe ihrem Gegenstande, aber sobald einmal der Schlupfpunkt gesetzt ist, wird ihnen das weitere Schicksal des Werkes gleichgültig. Mehr war aus Herrn Landru in den $\frac{1}{2}$ Jahren nicht herauszuholen. Nicht etwa, daß er störrisch oder auch nur schweigsam gewesen wäre — ganz im Gegenteil, er war stets das Abbild eines heiteren Seelenfriedens und gegen alle Welt von einer wohlwollenden Gesprächigkeit. Seine Unterhaltungen mit dem Untersuchungsrichter Herr Bonin wurden allmählich verübt. Herr Landru betrachtete ihn als einen Freund, dem er gerne, noch Art der griechischen Philosophen, aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen Ratschläge für das Leben erteilt. Er verbreitete sich in diesen Unterhaltungen über alles: über das Leben im allgemeinen, über die Weltreignisse, über das Wesen der Gerechtigkeit, über die merkwürdige Psyche der Frau. Da, wo mögen sie nur alle hingekommen sein, die einstens seine glücklichen Stunden teils? Paris ist so groß und die Seiten sind so erregt! Vielleicht sind sie im Kriege umgekommen, vielleicht sind sie ins Kloster gegangen, vielleicht haben sie einen Minister geheiratet und wollen sich nicht kompromittieren. „Das Wohl des Staates...“ Und Herr Landru lenkte mild und vorichtig das Gespräch auf ein anderes Thema. Als aber Herr Bonin eines Tages gar zu hörtädig auf seine ewige Frage zurückkam, wurde Herr Landru schließlich ein wenig ärgerlich und sagte: „Bohnen, M. Bonin! Sie haben wahrscheinlich in Ihrem Leben auch schon einige Frauen geliebt — könnten Sie darüber Auskunft geben, was aus jeder von ihnen geworden ist?“ Von diesem Tage an war Herr Landru der Liebling der Pariser. Da also alle Künste der Unterhaltung an der freundlichen Vereinsamkeit des Herrn Landru scheiterten, mußte sich das Gericht schon selber bemühen, Licht in sein Leben zu bringen. Und dabei kamen denn die merkwürdigsten Dinge zum Vorschein. Das Liebesleben der Riesenstadt tat sich auf, das unterirdische Treiben der von Gros geleiteten Menschenkinder mit seiner sinnlichen Tragik und seiner grotesken Komik, mit all den unbegrenzten

Das Danziger Wirtschaftsleben

und die Zollunion mit Polen.

Danzig, 26. November. (Danziger Neueste Nachrichten) Am 1. Januar 1922 wird der Freistaat Danzig in das polnische Zollgebiet aufgenommen werden. Die bisherige Zollgrenze zwischen Danzig und Polen fällt, dafür treten aber für Danzig die Sätze des polnischen Zolltarifs in Kraft, die so außerordentlich hoch sind, daß sie Danzig wie eine unübersteigbare Mauer vom deutschen Wirtschaftsraum trennen. Von Interessen des Danziger Wirtschaftslebens sind an das Danziger Parlament und den Senat eingegangen, welche in denen an die Wirkung der polnischen Zölle auf zwei Branchen, den Schuhhandel und den Textilhandel, übergeht wird. Danach beträgt bei einem Stand der politischen Mark von bloß 7 Pfennigen der Zoll auf ein Paar Schuhe 100—250 Mark. Für ein Paar wollene Socken mit einem Verkaufspreis von 24 Mark beträgt der Zoll über 30 deutsche Mark, für ein Baumwollenes Herrenhemd zum Preise von 30 Mark beträgt der Zoll 54 deutsche Mark. Auf einen Baumwollenen Schirm zum jetzigen Verkaufspreis von 75 Mark kommt ein Zoll von 98 deutschen Mark. Ein garnierter Damenhut von etwa 30 Mark trägt den enormen Zoll von 4780 deutschen Mark. Noch schlimmer liegt die Sache bei fertigen Bekleidungsstücken. Auf einen wollenen Wintermantel zum jetzigen Verkaufspreis von 650 Mark liegt ein Zoll von 1087 deutschen Mark, auf einem Akademiet von 875 Mark 800 deutsche Mark Zoll. Bei einem Stand der Polenmark über 7 Pfennige erhöhen sich natürlich diese in deutsche Mark umgerechneten Ziffern. In den Eingaben wird darauf hingewiesen, daß es die Pflicht der Danziger Regierung ist, Garantien dafür zu schaffen, daß das gesamte Wirtschaftsleben des Danziger Kreisstaates durch diesen Übergang in das polnische Zollgebiet nicht mit einem Schlag in eine Wirtschaftskatastrophe gestürzt wird, die von den verhängnisvollsten Folgen sein müßte.

Admiral Horthy und „König“ Rupprecht.

Vorstellungen der Reichsregierung in Osnabrück.

Anlässlich des Todes des früheren Königs von Bayern hatte der ungarische Reichsverweser, Admiral Horthy, einem Beleidigungsschreiben an den früheren bayerischen Kronprinzen die Adresse „An Seine Majestät König Rupprecht von Bayern“ gegeben. Wegen dieses Vorganges hat die Reichsregierung durch ihren Gesandten in Osnabrück nachdrückliche Vorstellungen erhoben. Wie wir aus Parlamentskreisen hören, ist der Schritt der Reichsregierung nach vorheriger Fühlungnahme mit dem bayerischen Kabinett erfolgt. Das Ergebnis der Vorstellungen ist hier noch nicht bekannt. Es ist ganz interessant, daß sich Horthy diese Beihörung der deutschen Republik erlaubt unmittelbar nachdem er selbst sich eines monarchistischen Putschs zu erwehren hatte.

Die Frage der deutschen Eisenbahnen.

Neues Dienstgesetz. — Achtstundentag.

Aus Berlin wird gemeldet: In einer Versammlung des Vereins der Berliner Kaufleute sprach Direktor Krämer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, über das Kreditangebot der deutschen Industrie. Die Erfassung der Sachwerte sei nicht nur von der Industrie, sondern auch vom Reichskanzler als gefährlich abgelehnt worden. Der Redner entwidmete dann die Gründe des Reichsverbandes der deutschen Industrie für das Ablehnen des Kreditangebots und sprach dabei von der „Offensive der Erfüllung“. Vor wenigen Tagen habe er einem französischen Zeitungssprecher auf die Frage, ob Deutschland am 15. Januar zahlen werde, geantwortet: „Wir können nicht zahlen. Aber ich hoffe, wir werden zahlen und länger, als Ihr Franzosen es aushalten könnt.“ Einem deutschen Bankier, der die Erfüllungsmöglichkeit Deutschlands für sich einem Engländer gegenüber auf etwa $\frac{1}{4}$ Jahre angab, sei mit allen Zeichen der Erregung seitens des Engländer die Antwort erteilt worden: „Um Gotteswillen, so lange halten wir es nicht mehr aus.“ Der englische Bankier Rothschild habe sich bereit erklärt, einen Kredit von 10 bis 15 Millionen Pfund Sterling zu bezahlen. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Anleihe innerhalb Jahresfrist im englischen Publikum untergebracht sei. Eine Milliarde Dollar zu bezahlen, erklärte Rothschild für ausgeschlossen. Die höchste Summe, die Deutschland erhalten könne, seien 50 Millionen Pfund, also 1 Milliarde Goldmark. Rothschild erklärte sich bereit nach Rückfrage mit Lloyd George nach Amerika zu fahren, um dort wegen einer Anleihe zu verhandeln. Er habe in diesen Tagen ein Telegramm gesandt des Inhalts, daß vor Beendigung der Washingtoner Konferenz nicht auf einen Kredit zu rechnen sei.

Trotzdem gäbe die deutsche Industrie ihre Pläne nicht verloren. Denn es gäbe kein Zurück mehr. Zahlte Deutschland am 15. Januar nicht, dann würde die Reparationskommission 28 Prozent der Exportdevisen im deutschen Inlande einzehnen. Das sei aber das Ende.

Redner ging hierauf auf die von der Industrie gestellten Bedingungen über und erklärte: Der Reichskanzler habe es durchaus begrüßt, daß in der Resolution des Reichsverbandes das Wort von der zu beseitigenden Mißwirt-

Möglichkeiten, die sich jedem bieten, der es sich zur Lebensaufgabe machen will, in diesen unsauberen Jagdgründen auf Veute zu gehen. Herr Landru liebte nicht nur, sondern er hatte gleichsam ein Liebesunternehmen, einen Betrieb, wie man in Berlin sagen würde. Einen „Mords“-Betrieb. Unter den verschiedensten Namen und mit den verschiedensten Namen war er zu gleicher Zeit in den verschiedenen Quartieren von Paris „tätig“: bald als Ingenieur, bald als Postbeamter, bald als Automobilfabrikant. Sein System war immer dasselbe: ein Inserat in der Zeitung, das die Bekanntschaft vermittelte, ein kurzer Austauschverkehr zwischen den Liebesbeweisen des Mannes und der finanziellen Kraft der Frau, und schließlich eines Tages ein gemeinsamer Ausflug nach einer kleinen Villa, die Herr Landru in einem Vorort bezog und von dem er regelmäßig allein zurückkehrte. Frauen jeden Alters und jeder sozialen Rangstufe gingen in seine Nähe. Während er die eine umbrachte, zerstülpelte und verbrannte, war er bereits mit einem halben Dutzend anderer verlobt. So lebte Herr Landru schlecht und recht und ernährte sich jahraus, jahrein von der Liebe.

Konzerte.

Der Sonntag Abend war für den Musikberichterstatter ein Abend großer Konfusionen. Angezeigt waren für diesen Abend zwei Konzerte, über die zu berichten war: ein Sinfoniekonzert im Großen Theater und ein volkstümliches Liederabend von Fr. Henry Fuchs im Vereinshaussaal. Beide sollten ursprünglich um 8 Uhr beginnen und der Herr Berichterstatter konnte sich den Kopf darüber zerbrechen, wie er beiden Aufgaben gerecht werden könnte, wenn er nicht in eines der beiden Konzerte einen Erfolg hinschicken wollte. In der Sonnagsnummer einer heiligen Zeitung war zu lesen, daß das Fuchs-Konzert um 7 Uhr beginnen würde. Der Musikberichterstatter beschloß begeistert, erst einen Teil des Fuchs-Konzerts und dann das Sinfoniekonzert zu hören. Dementsprechend trat er mit der ihm eigenen Pünktlichkeit eine Minute vor 7 Uhr in den Vereinshaussaal. Er fand ihn leer und erfuhr, daß das Konzert erst um 8 Uhr begann und daß die andere Angabe auf ein Versehen beruhte. Der Herr Musikberichterstatter beschloß, leicht verstimmt, auf das Fuchs-Konzert zu verzichten und in das Sinfoniekonzert zu gehen. Zwischen 7 und 8 Uhr existiert noch nach House zu gehen, lohnte sich ihm nicht. So trieb er sich eine halbe Stunde lang auf den Straßen herum und redete sich ein, daß das für seine

gewallen sei. Dr. Wirth habe sich beschwert, daß es nie-
mals gelungen sei, im Kabinett eine Mehrheit für seine Reform-
pläne zu haben. Die Frage, ob die Industrie mit ihrem Kredit-
wort gehalten habe, müßte mit einem glatten „Ja“ beant-
wortet werden. Redner befürchte mit aller Entschiedenheit die
zutage getretene Auffassung, als habe Hugo Stinnes Ent-
staatlichung der Eisenbahnen aus rein privatwirtschaftlichen Ge-
sichtspunkten gejedert. Stinnes verzog mit seinen außerordent-
lich weitreichenden Plänen nur die besten vaterländischen Ziele.

Direktor Brämer erklärte sich als ein Gegner der Über-
führung der Eisenbahn in den Privatbesitz, trat
aber unbedingt für eine Lösung aus dem Staats-
betrieb ein und forderte den Übergang von der Staats- zur
Bilanzwirtschaft. Er deutete sich das in Form einer Reichs-
eisenbahnsgesellschaft, einer Organisation ähnlich der der Reichs-
bank. Unter Umständen wäre auch an eine Form des Besitzes zu
denken, bei der dem Reich 51 Prozent und der deutschen Wirtschaft
49 Prozent gehören. Auf eine Tarifhoheit würde das Reich nie-
mals verzichten können.

Der Redner teilte mit, daß schon in den nächsten Tagen ein
Reichseisenbahn-Finanzgesetz veröffentlicht würde, in dem die Lösung der Eisenbahnen aus dem Reichsbetrieb
vorgesehen sei. Gleichzeitig damit werde man auch ein Dienst-
gesetz erlassen, das mit der bisherigen Dienstregelung,
wie sie unter der schematischen Auffassung des Ach-
tunden-Tages Geltung hatte, aufzuräumen werde. Krämer
bezeichnete es als die ernste Pflicht der Arbeiterschaft, jetzt,
nachdem die Industrie bereit sei, ihr höchstes Gut, den ausländi-
schen Personalfrieden, zu Gunsten des Reiches auszu-
geben, nunmehr auch ein Opfer zu bringen, indem sie sich zu Über-
fundenleistungen bereit erklärte. Daburch könne die Arbeiterschaft
infolge reicher Verdienstes besser über die schwierigen
Zeiten hinweg kommen, während andererseits die Industrie
sich die für die Reparationszahlung erforderlichen Mittel beschaffen
könne.

Stegerwald über die Lage Deutschlands.

Amsterdam, 26. November. Am vorigen Mittwoch hielt der
preußische Ministerpräsident Stegerwald in Amsterdam eine Rede
über die Lage Deutschlands. Er berührte, daß die Verständigung
Deutschlands und der neutralen Staaten eine Notwendigkeit sei.
Gegenwärtig befindet sich Deutschland auf dem Wege der Wieder-
geburt. Die Monarchisten und die Republikaner reichen sich die
Hand zur Vereinigung. Das Niederringen des Bolschewismus in
Deutschland hängt von der endgültigen Lebensmittelversorgung Deutsch-
lands ab. Darauf bemühte sich Stegerwald zu beweisen, daß Deutschland
nicht allein in den Weltkrieg verantwortlich habe. Er sprach die
Hoffnung aus, daß einmal die Zeit kommen werde, wo die ganze
Welt dies erkennt und wo an Stelle des Völkerlicher Krieges
Vernunft und Gerechtigkeit treten. Der Redner sprach mit
den Worten, daß Deutschland gegenwärtig ehrlich seinen Verpflichtungen
nachkommen will. Er bemühte sich nachzuweisen, daß eine weitere
Bedrückung Deutschlands zu einer Weltkatastrophe führen
werde. Frankreich kann eine gesunde politische Atmosphäre schaffen,
wenn es seinen früheren Feind ritterlich behandeln wird. Zwei
Dinge sind nach der Ansicht Stegerwalds notwendig, um eine Ge-
sundung der Beziehungen in Deutschland und Europa herbeizuführen:
die Einheitlichkeit der Polen, gestützt auf internationale Grundlagen und ein Moratorium von
einigen Jahren für Deutschland.

Politische Tagesneuigkeiten.

Das Konkordat mit Frankreich. "Corriere della
Serra" sagt, daß der Papst gegenwärtig ein Projekt übermittelt,
das bezweckt, ein endgültiges Abkommen zwischen Rom und
der französischen Republik zu bringen.

7,7 Milliarden Defizit in der Tschechoslowakei. Das Defizit
des Staatshaushaltes in der Tschechoslowakei ist auf 7,7
Milliarden tschechischer Kronen angegeben.

Breisburg will Freihafen werden. Die Bevölkerung Breis-
burgs wandte sich an den tschechischen Handelsminister Novotny
mit der Bitte, daß Breisburg als Freihafen anerkannt würde.
Der Minister erklärte, er werde in dieser Richtung arbeiten, um
den Wunsch Breisburgs zu erfüllen.

Regentschaft in Javan. Wie aus Tokio gemeldet wird, wurde
infolge der Krankheit des Milado der Thronfolger zum Regenten
ernannt.

Republik Polen.

* Die Frage der Beamtenbesoldung. Die Zeitungen melden,
daß Freitag im Museum für Industrie und Landwirtschaft in Warschau
eine zahlreich besuchte Versammlung der Staatsbeamten stattgefunden
habe, die einberufen wurde, um der Regierung die Wünsche über die
Ausgestaltung der materiellen Existenz der Beamten vorzulegen. An
der Versammlung nahmen alle Beamtenorganisationen und Dele-
gationen der Beamtenvereine aus Kleinpolen teil.

Freistaat Danzig.

* Lohnbewegung der Danziger Hafenarbeiter. Sämtliche
Hafenarbeiter des Danziger Havens sind in eine Lohnbewegung eingetreten
und haben unter Bezugnahme auf die rapide ansteigende
Teuerung beschlossen, vom 1. Dezember eine neue 50prozentige Lohn-
erhöhung zu fordern.

Gesundheit sehr gut sei, verbrachte dann eine Viertelstunde bei
einem Freunde, der seinen Rücken mit einem angenehmen Ge-
tränk wegzubauen suchte, und stand um 5 Minuten vor 8 Uhr
an der Garderober des Großen Theaters. Und hier erfuhr er, daß
das Sinfoniekonzert diesesmal ausnahmsweise schon um 4 Uhr
nachmittags stattgefunden hatte, da der Abend für die Festvor-
stellung aus Anlaß der Anwesenheit des Ministerpräsidenten be-
stimmt war. Ein Hinweis darauf in der polnischen Presse war
dem Herrn Musikberichterstatter entgangen. Der deutschen Presse
scheint ein solcher Hinweis nicht zugegangen zu sein.

So mußte der Musikberichterstatter auf eine Besprechung des
Einführungskonzertes verzichten, was ihm um so mehr leid tat, als
ein interessantes Programm in Aussicht gestellt war, das unter
anderem eine Uraufführung unter Leitung des Komponisten vertrieb.

Das Fuchs-Konzert, dem unter diesen Umständen der Musik-
berichterstatter seine etwas verschuppte Aufmerksamkeit unein-
geschränkt zuwenden durfte, erbrachte von neuem den Beweis da-
für, daß die Konzertgeberin eine intelligente Sängerin von ange-
nehmen stimmlichen und allgemein musikalischen Eigenschaften ist.
Am besten gelungen fand Fuchs Lieder idyllischer oder kindlich
volksmäßiger Art. Von den Liedern ihres diesmaligen Pro-
gramms kamen daher besonders gut zur Geltung die beiden Ein-
gangslieder („Ein kleines Haus“ von Haydn und das „Veilchen“
von Mozart) und die Kinder- und Volkslieder, die den letzten Teil
des Programms bildeten. Beethovens „Ich liebe dich“ schien mir
nicht ganz im richtigen Beitempore vorgetragen zu sein. Seine
„Mignon“ könnte etwas stärker innere Glut vertragen. Den
zweiten Teil des Programms bildeten Lieder von Felix Mendels-
sohn und Robert Franz. — unter den letzteren dankenswerterweise
auch ein verhältnismäßig selten gesungenes: „Aufbruch“, das sehr
wirkungsvoll vorgetragen wurde. Von Schubert sang Fuchs
„Die junge Nonne“ und „Seligkeit“ (dies mit besonderem Ge-
lingen) von Schumann, „An den Sonnenschein“ und „Ich wandere
nicht“.

Eine neue Erscheinung in unserm Konzertsaal war der Klavier-
begleiter des Abends: Herr Sing. Von einigen kleinen Ent-
gleisungen abgesehen, entledigte er sich seiner Aufgabe mit aner-
kennungswertem Geschick. Eine achtbare Technik, ein weicher,
fliegender Anschlag und das offensbare Beitreten, sich der Sängerin
völlig unterzuordnen, sind Eigenschaften, die ihn zum Begleiter
durchaus geeignet machen und seine häufigere Verwendung in
dieser Eigenschaft wünschenswert erscheinen lassen.

Aus der polnischen Presse.

„Wie Politik gemacht wird.“ Unter dieser Spitzmarke schreibt
der „Kurier Poznański“: Wer ist Herr Marian Dąbrowski? Sein Name, wenig bekannt in unserm großpolnischen „Booten“, hat einen auffälligen Klang in Krakau und Umgebung. Ist er der Herausgeber der populären Straßenschrift des „Kurier Ilustrowany“, der durch seine Sensationsmache und durch seine Begegnungen an den Geschmack der Straßenseite sich in Westpolen einen populären Namen erworben. Durch dieses lohnende Geschäft und durch andere Dinge wurde Herr Dąbrowski mehrfacher Missionär. Da ihm die Zeitung nicht mehr als Tätigkeitsfeld genügte, gründete er das Theater „Bagatelle“, in dem der Krakauer Snob sich an verschiedenartigen kleinen Genüssen ergötzt. So bilden der „Kurier Ilustrowany“ und das Theater „Bagatelle“ eine Einheit, die nun beschlossen hat, eine ebenbürtige Tochter zu adoptieren — die Politik der Biesten.

Über dieses Thema lesen wir im Krakauer „Glos Narodu“ folgendes:

„Das Organ der Piastenpartei, der „Glos Narodu“, hat mit seiner Liquidierung begonnen. Dem Personal ist für den 1. Januar gefügt worden. Den Schutz der Interessen der Piasten wird nach der Auflösung des „Glos Narodu“ der „Kurier Godzieny“ übernehmen. Die Volkspartei beabsichtigt mit Hilfe des Herrn Dąbrowski eine große Zeitung in Warschau zu gründen, wobei auch ein Teil der Redaktion des „Glosu“ überführt werden soll. Über den Vertrag des Herrn Marian Dąbrowski mit den Volksparteiern wird noch gemeldet, daß Herr Dąbrowski die Wahl zum Abgeordneten für den nächsten Sejm zugesagt wurde. Da — was doch ganz klar ist — sich kein Wahlkreis finden würde, der den Eigentümer des „Hauses Bagatelle“ mit einem Sejmmandat beglücken würde, darum sollen die Volkspartei (Herr Dąbrowski) alles vorausgesehen, ihn auf die Liste setzen. Bei den Verhandlungen spielte Herr Stanisławski eine wichtige Rolle, der mit dem Unternehmer der „Bagatelle“ durch gemeinsame Betriebsgeschäfte verbunden, folgende Bedingungen für seine Einigung mit den Piasten stellte: 1. Berufung des Herrn Dąbrowski in den Sejm; 2. Verzicht mehrerer Abgeordneten der Piastengruppe, die an verschiedenen Geschäften interessiert sind, auf ihre Mandate. Auf der Proklamationstafel befinden sich Dr. Wardell, Brühl und Nagorzanski. Es scheint, daß Herr Witos gezwungen sein wird, alle Befehle Stanisławskis auszuführen, um sich eine gewisse Neutralität des „Kuriers“ und des Eigentümers des Lingstangs und der Petroleumgruben Herrn Stanisławskis zu sichern.“

So geschieht vor Blankenangriffen, treten die Piasten in die
Wahlen. Wir sehen im übrigen in ihren Methoden nichts Neues,
weil das, was sie tun, zu dem alten Arsenal der Staatschefs
der Korruption gehört. Es ändert sich nur die Firma, die die
Ausübung des Patentes, genannt „galizische Wahlen“, übernimmt.
Kann man für diese neue Koalition ein besseres Symbol finden
als „Bagatelle“? In Wirklichkeit hat sich nichts geändert, nur die
Tätigkeit der „Bagatelle“ verbreitet sich über ganz Polen. In die
Schauspielertruppe sind neue Schauspieler eingetreten.“

Wenn ein deutscher Dichter in Polen Vorträge hält. Hanns
Heinz Ewers hat in Lodz eine Reihe von Vorträgen gehalten.
Diese Tatsache veranlaßt den Krakauer „Ilustrowany Kurier
Godzieny“ zu folgendem Geistesprodukt:

Ewers kam aus Prag, wo er zu Agitationszwecken
weilte, im Automobil nach Lodz. Seine Propaganda hat einen
staatsfeindlichen Charakter, ebenso wie die Agitation der
Deutschen in Lodz. — Ewers ist der Verfasser des zynischen Ro-
mans „Alraune“.

Die Lodzer „Freie Presse“ bringt diese Auslassung zur Kenntnis
ihrer Leser und schreibt ihrerseits darunter, was Talbot in
der „Jungfrau von Orleans“ über den Kampf mit der Dummheit
sagt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 28. November.

Der Ministerbesuch in Posen.

Der polnische Ministerrat traf Sonntag früh 8 Uhr program-
mäßig mit dem Ministerpräsidenten Poniatowski in Posen ein.
Die Minister wurden auf dem Bahnhof im ehemaligen Kaiser-
pavillon von den Vertretern der Civil- und Militärbehörden, von
hervorragenden Vertretern der Bevölkerung und den Offizieren
der französischen Mission empfangen. Nach kurzen Begrüßungs-
ansprachen des Ministers für das ehemalige preußische Teilgebiet
Wybicki und des Bürgermeisters Dr. Kiedacz schritt der
Ministerpräsident die Front der Ehrenkompanie ab und
begab sich nach dem Vorbeimarsch eines Infanteriebataillons und
einer Schwadron mit dem übrigen Ministern ins Schloß. Der
übrige Teil des gelungenen Tages verließ noch den von uns in der
Sonntagsausgabe veröffentlichten Programm mit der Vorstellung
der Beamten und der Sparten der Behörden, einem von der Stadt
gegebenen Begrüßungssabend im Stadhause und einer Festvor-
stellung der Oper „Liebestraum“ im Teatr Wielski. Heute früh fand
von 8½ Uhr vor dem Schloß eine Truppenparade der hiesigen
Regimenter pp statt. Aus diesem Grunde war die Gegend vor
dem Schloß für jeden Verkehr, auch für die Straßenbahn, gesperrt; der Straßenbahnverkehr wurde über die Theaterbrücke um-
geleitet.

Mit dem Ministerpräsidenten sind in Posen anwesend: der
Minister für Post und Telegraphie und der Vertreter des Minis-
terpräsidenten Stępień, der Außenminister Skirmunt,
der Minister des Innern Romanowicz, der Kriegsminister
General Sołtowski, der Eisenbahnminister Sikorski,
der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge Darowski, der
Landwirtschaftsminister Raczyński, der Leiter des Verpf-
legungsministeriums, Unterstaatssekretär Stiborowski, in Ver-
treitung des Finanzministers der Departementsdirektor Bacza,
der Departementsdirektor für Mittelschulen Jawadzki, der Di-
rektor des politischen Departements im Präsidium des Minister-
rats Gielchński, der Leiter der wirtschaftlichen Abteilung
Szmaciał. Heute früh trafen aus Warschau ein der Leiter des
Gesundheitsministeriums Chodźko, der Minister für öffentliche
Arbeiten Narutowicz und der Leiter des Ministeriums für
Industrie und Handel Szczerbiger. Die Mehrzahl der
öffentlichen Gebäude tragen Flaggenschmuck; auch das französische
Konsulat hat solchen angelegt.

Polnische diplomatische Vertretungen in Deutschland.

Infolge der zahlreichen Anträge aus unserem Leserkreise geben
wir nachstehend eine Übersicht über die diplomatischen Vertretungen
der polnischen Republik in Deutschland und empfehlen unseren Lesern
diese Übersicht anzusehen und aufzuhbewahren:

Polnische Gesandtschaft, Berlin W. 26, Kurfürstendamm 136
(Tel. Etu 00 347).

Wirtschaftliche Abteilung der polnischen Gesandtschaft, Berlin W. 8,
Kronenstraße 6 (Tel. Gemini 3175).

Polnische Generalkonsulate: Berlin W. 25 Kurfürstendamm 137
Abteilung für Polen: Berlin W. 62, Kurfürstendamm 133 (Tel.
Nollendorf 3080); Altona, Marienwerder, München
Franz-Josefsstraße 16 Oppeln.

Polnische Konsulate: Königsberg i. Pr., Neue Damm-
gasse 20 Breslau, Ohlauer Nr. 2 Köln Domhof 23 Bremen 181.

Auslandsstelle für polnische Konsularangelegenheiten in
Hamburg, Michaelisstraße 19.

Die evangelische Posener Provinzialsynode nimmt möglichen,
Dienstag, nachmittag ihren Anfang, und wird bis einschl.
Sonnabend, 3. Dezember, dauern. Montag, Dienstag, abend
8 Uhr findet in der Kreuzkirche in der Grobla (früher
Grabenstraße) ein Eröffnungsgottesdienst statt, bei dem der Synodale Superintendent Engelbrecht aus
Duisburg die Predigt halten wird. Alle Evangelischen sind
zur Teilnahme an diesem Gottesdienst herzlich eingeladen.

Eröffnung der Zuckerpreise. Auf Grund einer Billigung des
Ministeriums des inneren Friedens werden die Preise für Zucker
für die Monate November und Dezember um 2 M. für das Bünd
erhöht. und zwar kostet der weiße Zucker 194 M. und der gelbe
174 M. das Bünd.

Vortrag über Faust. Im Rahmen des Lehrzugs für
Deutsch- und Polnische Philologie steht am Mittwoch dieser Woche, den
10. November, abends von 6 bis 8, Herr Dr. Boenighaus im
Deutschen Gymnasium über Goethes „Faust“. Der ursprünglich
auf diesen Tag angelegte Vortrag des Herrn Dr. Beckmann über
Volksdichtung wird verschoben.

Der deutsche Theaterverein veranstaltet am Freitag dieser
Woche, den 2. Dezember, mit Unterstützung des Deutschen
Bundes eine Aufführung von Goethes „Faust“, 1. Teil, für Schü-
ler und Schülerinnen der höheren Klassen hiesiger Lehranstalten.
Von Mittwoch an wird eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten
zu dieser Aufführung auch im öffentlichen Verkauf zu haben sein.
Volksstücklich-wissenschaftliche Vorträge. Herr Rabbiner
Dr. Gottschall, der seine Wanderungsabsichten aufgegeben
hat, wird seine ursprünglich angekündigte und dann abgelegte Vor-
lesung „Aus neueren Dichtern“ nun doch halten. Die Vor-
lesung findet Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr statt
und beginnt am Donnerstag dieser Woche (den 1. Dezember). Ihr
Ort wird noch bekanntgegeben werden. Es braucht kaum be-
sonders hervorgehoben zu werden, eine wie große Bedeutung der Ent-
schluß des Herrn Dr. Gottschall, hier zu bleiben, für das deutsche
Gelehrtenleben in Polen hat und wie dankbar ihn gerade die Ver-
anstalter und Hörer der volksstücklich-wissenschaftlichen Vorträge be-
trachten.

X Ausflug. Der deutsche naturwissenschaftliche Verein und die
Polytechnische Gesellschaft beabsichtigen, am Mittwoch, 8. M., nachmittags die Werke von früher
Kochmann und früher Sinner in Luban zu besichtigen. Abfahrt
2,25, Rückfahrt 5,45 bzw. 8,05 Uhr abends.

X Misionówka. In der Sonnabendziehung der Misionówka
gewann die Nummer 0 188 747.

* Birnbaum, 25. November. Für die Stadt Bonn ent-
wöhnen die polnische Bürgerpartei mit der deutschen Be-
völkerung eine gemeinsame Liste (Kolocinski) aufgestellt, in
der die deutschen Kandidaten in entsprechender Zahl vertreten sind.

* Bromberg, 24. November. Kürzlich ließ eine Frau Gre-
goz hier in der Straßenbahn ein Stückchen mit Schmuck
in Wert von drei Millionen Mark liegen. Eine gewisse
Martha Belzer nahm das Stückchen an sich, ohne es der recht-
mäßigen Eigentümerin zurückzuerstatten. Nach einer dreimaligen
Aussuchung bei der Belzer wurden alle Schmuckstücke, jedesmal
allerdings nur teilweise, zutage gefördert. Die Diebin wurde ver-
haftet.

Neues vom Tage.

§ Neue Explosion bei Oppau. Am 21. November, ¾ 10 Uhr
vormittags, explodierte im Bau 84, Wasserstoffabfüllungswerk der
badischen Anilin- und Sodafabrik Oppau, beim Komprimieren
einer Wasserstoff-Silasche. Hierzu erfährt die Pfälzische
Post durch einen Augenzeuge: Zweier Arbeiter sind tot,
weitere acht oder weniger schwer verletzt. Der Bau
selbst ist fast vollständig zerstört. Glücklicherweise waren
nicht mehr Leute im Bau oder in der Nähe. In der Fried-
heimerstraße wurde ein Sprengstück der Silasche von 5 × 7 Zenti-
meter Größe, mit scharfen Kanten, aufgefunden, das ganz gewiß
wenn es eine Person getroffen hätte, deren Tod bewirkt hätte.
Die Angst und Aufregung der Arbeiter infolge der neuen Explo-
sion ist wieder größer, zumal u. a. von einem 1000-Atmosphären-
druck-Versuch geredet wird, der im alten und neuen Werk vorge-
nommen werden soll.

Briefkasten der Schriftleitung.

U. S. im Es. 1. Was mit dem neuen Mieterschutzgesetz wird,
läßt sich heut noch gar nicht absehen, infolgedessen kann auch über
seinen zukünftigen Inhalt nichts gesagt werden. 2. Von Pro-
zenten für Abnutzung befragt das Mieterschutzgesetz vom 18. 12. 20
gar nichts. Der Mieter ist nur verpflichtet, zu den Gesamtkosten
für Wasserbelieferung, Kanalisation, Beleuchtung der Haussäure,
Treppen, Korridore und Gemüllabfuhr anteilig, d. h. auf sämtliche
Mieter einschl. des Haushwirts verteilt, beizutragen. — 3. Der
Manne muß den Kontakt, den er unterschrieben hat, auch inne-
halten. —

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 28. November.

Die Nachfrage in Polen.

Das „Posener Tageblatt“ veröffentlicht in dieser Angelegenheit, die wie wir wissen für weite Kreise von Belang ist, folgende Zuschrift:

Es wäre zu wünschen, daß von maßgebender Stelle eine Aufklärung über die Behandlung von Einwanderern in Polen erfolgt. Unter den zurückbleibenden Deutschen herrscht vielerlei Unklarheit. Namentlich interessiert es, zu wissen, ob das Erbe von Eltern, die ohne für Deutschland opfert zu haben, in Polen wohnen bleiben ihren Kindern, die für Deutschland opfert und ihren Wohnsitz dorthin verlegt haben, voll ausgezahlt werden kann bzw. welche Abzüge (Steuern usw.) auf daselbe gelegt werden können. Andererseits, wie es sich mit dem Erbe von deutschen Eltern verhält, die opfert haben und in Polen wohnen bleiben, wenn deren Kinder a) ebenfalls opfert haben und in Polen wohnen und b) nicht opfert haben und in Polen wohnen. Nach dem Friedensvertrage dürfte hierüber Auskunft zu geben sein. Eine Klärung dieser Verhältnisse ist vor Ablauf der Optionsfrist im allgemeinen Interesse von höchster Wichtigkeit.

* Wichtig für Gutsbesitzer. Nach Anordnung der Wojewodschaft müssen alle Bankräuber (Säcke) Berechtigen sich mit einer Bescheinigung des Posener Liquidationsamts versehen, daß ihr Vermögen der Liquidation nicht unterliegt, oder auch daß das Posener Liquidationsamt einverstanden ist mit der Beurteilung über die im Bankräuber befindlichen Gegenstände.

Statt besonderer Anzeige.

Am 27. November, 1 Uhr morgens, entstieß nach kurzem schweren Leiden unsere innigst geliebte, treusorgende Mutter, unsere einzige Tochter und Schwester, meine liebe Nichte.

Elisabeth Gregor, geb. Wiczynski
im Alter von 44 Jahren.

Poznań, ul. Grunwaldzka 15.

In tiefer Trauer

Hildegard Gregor,
Erich Gregor,
Anneliese Gregor,
Elise Wiczynski, geb. Rost,
Felix Wiczynski, Grunwaldzka
Anna Wiczynski.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 30. Nov. 1921, 3 Uhr nachm., von der Kapelle des Garnison-Friedhofs statt.

Bekanntmachung.

Vom 1. Dezember erhöht sich der Preis für:
Strohfuß v. 25 000.— M. p. die Tonne auf 18 000.— M. p.
Perlfots 20 000.— M. p. " 13 000.— M. p.
Kohlesgrus 5 000.— M. p. " 8 000.— M. p.
Leer 3 750.— M. p. 1 Zentner auf 3 000.— M. p.
Magistrat VII G.

Freiwill. Versteigerung.

am Freitag, dem 2. Dezember 1921 bei Dietrich

holz, Prinzenau, Bahnhofstation Pamiętowo. 14058

Zum Verkauf kommt:

- 1 Dampfdreschsack mit Schrotmühle und Kreissäge,
- 2 Autschwagen, 2 Autschgeschirre, 2 Ackerräder, Wärmesch., Walz., Drillensch.,
- 2 Kartoffelroder, Zollbreiter, 10 Stangen,
- 2 Pferde, 2 Fohlen und verschiedenes.

Freiwillige Auktion.

Nachtragshalber werde ich am Sonnabend, dem 3. Dezember meistbietend gegen gleichbare Zahlung versteigern:

- 1 Göpel, 7 Pflüge (Sack, Venki, Eder),
- 5 Sack Saat- und Ackereggen,
- 4 Stück 3" Wagenräder (neu),
- 1 komplettes Holz zum Wagen,
- 1 gebrauchte Grasmähmaschine,
- 2 gebrauchte Wagenräder,
- 4 Lederleinen,
- 1 neue Schrotmühle,
- 1 komplette Schmiedeeinrichtung,
- 2 Kochherde,
- 3 Fahrräder mit Gummibereisung,
- 1 Viehdämpfer,
- 1 Kartoffelroder und verschied. andere landwirtschaftliche Geräte.

H. Peters, Broniszewice nowe, powiat.

Tausch.

Landwirtschaft, schwere Lage.
2½ Morgen schlagfähig. Wald mit
voller leb. u. ist. Ind., geg. ähn.
in Deutschland zu verkaufen.
Off. u. 4038 an die Gesell. d. Bl.

In einer 2000 Einwohner zählenden Stadt der Provinz
Poznań, große flottgeh. Kolonialw.-
und Destillations-Geschäft
mit großem Grundstück, Speicher usw. und großer
Gutsbesitz zu verkaufen. Wohnung vorhanden. Offerten
unter S. D. 4061 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Flottgehendes Hausgeschäft

a. bei Westen Erforderlich 275 Mille
a. bei Berlin zu verkaufen. Es besteht
B. n. g. 8177 an Ma-Hausenstein & Vogler.

Bezüglich der Annahmepflicht der weißen Banknoten wird in weiteren Kreisen eine irrtümliche Auffassung. Viele Personen wollen sich jetzt derartige Banknoten in Zahlung zu nehmen. Angenommen werden wir davon außerordentlich, daß jeder verpflichtet ist, Banknoten einer Emission zu 1000, 500 und 100 M. bis zum 15. Dezember in Zahlung zu nehmen.

* Kindesleichenfund. Auf dem katholischen Friedhof in Zerbst wurde Sonnabend früh eine Pappebachtel mit einer in Zeitungspapier gewickelten kindesleichen männlichen Geschlechts gefunden. Die Ermittlungen nach der Mutter des Kindes sind im Gange.

* Einbruchsbiebstahl. Am Sonnabend, 26. d. Mts., wurde aus einer Wohnung des Hauses Seweryna Mielżyńskiego 3 (fr. Birkhauser) Bettwäsche, Servietten und Handtücher, gez. H. B., eine goldene Damenuhr, ein graues Kleid, ein Mantel, eine Oxydose mit Brillanten im Gesamtwerte von 200 000 Mark gestohlen. — Aus einer Wohnung des Hauses ul. Główńska 109 (fr. Glogauerstr.) wurden mehrere Damenkleidungs- und Wäschestücke im Werte von 100 000 M. gestohlen.

* Dirschau, 22. November. Über die Anwendung des Sprachenparagraphen schreibt die „Dirich. Ztg.“: Hier hat blindwütender Chauvinismus sich an einmaliger Prüfung nicht genügen lassen, sondern nach vergeblichem Versuch nochmaliger Sichtung der Kandidaten die deutsche Liste einfach weggewischt und als Dezen Papier dem Papierkorb einverleibt. Dagegen ist nun vom Vertrauensmann der deutschen Liste an den Magistrat und in der Abschrift an den Wojewoden ein scharfer Protest gerichtet worden. In diesem heißt es zum Schlusse: „Ich beantrage daher, die ursprüngliche Wahlkommission wieder in ihre Rechte einzutragen, damit diese die zwei als rechtsgültig anerkannten Listen veröffentlicht, oder die Wahlen für ungültig erklären zu lassen.“

Aus dem Gerichtsstaat.

Ein Vatermord vor Gericht.

* Rosenberg, 25. November. Vor der hiesigen Strafkammer stand ein schreckliches Familiendrama seine Süße: der erst achtzehn Jahre alte Beilshofer Arthur Fadel aus Neumühlbach bei Schildau stand unter der Anklage seines eigenen Vaters mit voller Überzeugung ermordet zu haben. Angeklagt war sein Freund, der ebenfalls erst 18 Jahre alte Eduard Karaku aus Neumühlbach. Die Verhandlung entrollte ein trübes Bild. Die Mutter, die aus der Hütte entflohen war, sah sie, an der Tat vollständig unbeteiligt war, glaubt, daß der Sohn die Tat nur aus Verzweiflung über die unwillige Behandlung durch den Vater begangen habe. Der Richter verurteilte beide Angeklagten. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß es sich ohne Zweifel um einen lang vorbereiteten Mord handelt, an dem beide Angeklagten als Mitkäter maßlos sind. Von Wilden kann keine Rede sein, da nach den Ausführungen der Anklage die Tat mit höchster Brutalität ausgeübt worden ist und da, falls die Angeklagten volljährig wären, die grausige Tat nur durch die Todesstrafe geahndet werden würde.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Goewenthal.

Berantwortlich: für Politik und Handel: Dr. Emil Hoffmann; für die Kunst: Dr. Adolf Herbrecht; für den Ausland: M. Grundmann; Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., nämlich in Poznań.

Landwirtschaft

Religionsunterricht d. Brüdergemeinde.

Anmeldungen täglich von 11—12 Uhr bei Dr. Gottschall, Sew. Mielżyńskiego 2

A. Schönsfeld, Hammer, per Briefe,
Kreis Oels. Tel. Pałtow 20.

Auskunft erteilt auch Schönsfeld, Mosina.

Getreide :: Sämereien
Kartoffeln: Stroh: Wolle
Dole :: Maschinen
Zement :: Dachpappe
Tageswaren

Landwirtschaftl.
Hauptgesellschaft

T. z. o. p.

Poznań, ulica Wjazdowa 3.
Telephon 4291.

Gan- und Baumwoll-Treibriemen für Lokomotiven usw. sowie

Wasserdröhne Blendeden

liefern zu mäßigen Preisen und in guter Qualität [40] 4

Linke & Majer, Technisches
Agenzugehäuse, Poznań, Gorna Wilda 47. Teleg. Addr.: „Elma“.

Brennholz Eichen-, Birken-,
A. Löwissohn, Zwierzyniecka 27
Kiefern-, Ahorn-, Berg- u. Leinwandholz, Waggonladungen u. kleinere Mengen, auch zerstückelt, frei Haus

hasen sowie sämtl.
Wildsorten

laut große Quantitäten zum höchsten Tagespreise
Cz. Szydłowski, Leszno (Lissa). Teleph. 57.

Aus meiner durch die Wielkopolska Rolnicza anerkannten Yorkshire-Schweinezucht habe ich handig

Läufersauen u. Läufereber abzugeben. Besichtigung kann jederzeit erfolgen. Bestellungen erbeten an v. Becker, Grudziec, p. Brodów pow. Iłżeński (Poznań).

Aukazine u. Verhältnisse

Eine Molkerei-Einrichtung. m. Motor u. sämtl. Molkerei-Gegenstände zu verkaufen. Off. u. A. B. 4033 a. d. Geschäft, dieses Blattes erbeten.

Zum sofort. Verkauf stehen v. e. schwärzlich, offener herzhaftlicher

Galawagen ferner noch ein gut erhaltenes Zinkfuß, Gefl. Ang. u. S. 5. 4016 a. d. Geschäft, d. Bl.

Eine fast neue Viehwage mit Lauflgewicht (circa 1000 kg) 1 Hauptfuß-Scheermaschine, so gut wie neu, hat zu verkaufen (4063 Ludwig, Sobiesiernie, Bahn u. Post Marzenin).

Siebzehn Feldbahnen u. Normalgleise sowie Taschen, Taschenstühle, Schienennägel, Tapissons, Allemplatten, Universitälzchen, ferner:

Lagermetall, Lager, Holzschwellen für Schmale u. Normalspur prompt u. Vorrat preisw. Lieferbar. T. z. o. p. 4058.

Vertretung.

Der Vertrieb von Krupp-Lastkraftwagen, Spezial-Motorfahrzeuge, Motorrollern usw. für

Polnisch-Posen mit dem Sitz in Posen ist an seriöse Firma oder Herrn zu vergeben.

Krupp'sches Verkaufskontor für Motorfahrzeuge G. m. b. H. Berlin SW 68, Lindenstrasse 80.

2. Beamten. Vilstein, Urbanie bei Popówko.

Zum 1. Januar 1922 oder gleich jüch ich einen zuverlässigen

Gärtner.

Naumann, Suchowice b. Szaradowo-Zalesie powiat Szubiński. 1.058

Wirtschafts-Assistent, aus guter Fam.

Praxis, vol. 1. Sprache mächt. zum 1. Februar ob. spät. Stellung. Gehalt nach Vereinbarung. G. d. B. 4057 Geschäft, d. Bl. 1.058

Stellengemeinde

Zeitungssuch

Monalstunden

ausser dem Hause.

Empfehlung gleichzeitig für

Manuf. Off. u. J. S. 1.053 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Landwirtstochter

sucht

für Erziehung des Han-

des am liebsten große es Restau-

rant. Offerten u. Nr. 4043 an die Geschäftsstelle d. Bl.

suchen Sie Käufer

Haushalt, Hausgrundstück
Hotel, Gastronomie, dann
wenden Sie sich vertraulich
voll an die gerichtl. eingetragene
Handelsfirma gleichzeitig
von Neyman & Co.,
Zentrale: Poznań 1,
Piekary 5. T. 1.375.

Weiterer Wechselhandel
mit einem Deutin
tauscht in Polen zu kaufen.
Gastwirtschaft
mit Saal,
ca. 4 Meter, gäste wie
groß Obigarten, Ang. u. F.
D. 4000 a. d. Geschäft, d. Bl.

Suche
zum Tausch

1 Gut ca. 1500 M. g. 1 Gut
ca. 500 Morgen. 1 Gut ca.
2500 Morgen, 3 Güter jed. 1000
bis 2000 Morgen, sowie
klein, Güter jed. Groß. Kleinere
Güter auch mit großem Wald-
bestand. Auszahlung gleichwohl.
Gutsbesitzer U. Pieper,
Toruń (Thorn),
Bydgoska 74. T. 822.

Wohnungen

Wohnungstausch
Berlin — Poznań.
2 Zimmer und Küche evtl. in
Räumen bevorzugt. Off.
ul. Gwarka 14 im Laden.
Antiquariats-Handlung.

Jung., geb. Mann sucht
zum 1. 1. 22
mobiliertes Zimmer

mit oder ohne Balkon. Nähe
ul. Pocztowa bevorzugt. Off.
mit Preisangabe u. S. Sch.
4060 a. d. Geschäft, d. Bl.

Zeitungsbereicher,
welche unser Blatt
durch die Voit erhalten,
müssen bei Unregelmäßigkeiten
in der Beurteilung oder bei einer Über-
siedlung nach einem anderen Ort, über-
haupt in allen An-
gelegenheiten, die den Bezug betreffen,
sich stets

an das Postamt wenden,

welches die Zu-
stellung der Zeitung
an dem Wohnorte
des Lesers zulegt
bewirkt hat.

Nur im Falle, daß
das Postamt ver-
sagt, den Reklame-
mationen wegen
nicht funktionierender
Lieferung nochzu-
kommen bitten wir
eine Beschwerde an
die Geschäftsstelle in
Poznań ul. Zwierzy-
niecka 6 zu richten.